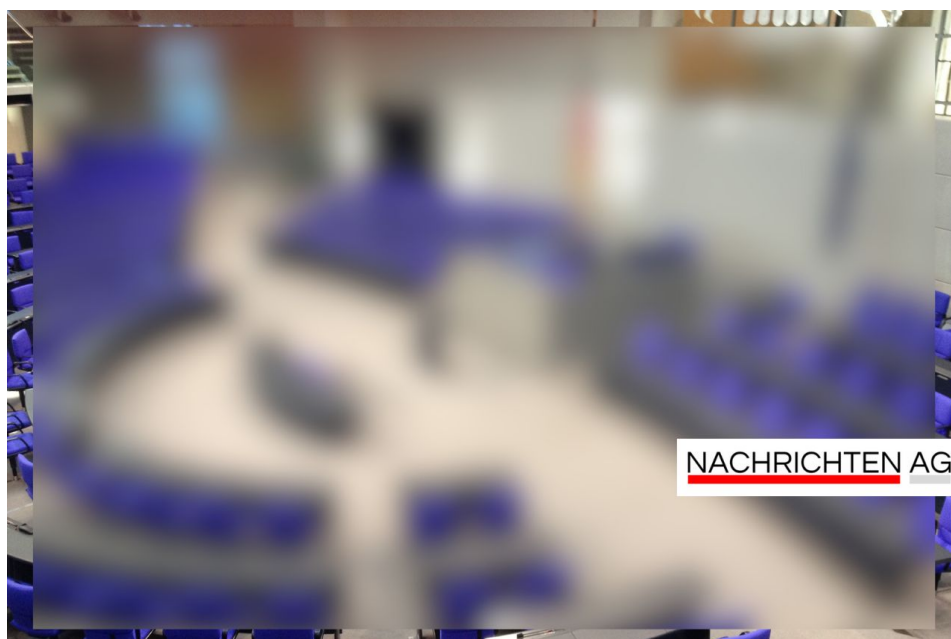


Widerstand gegen Rüstungsprojekte: Panter kämpft um Sachsen!

Sachsens Wirtschaftsminister Dirk Panter plant, mehr Rüstungsfirmen anzusiedeln, während Widerstand aus der Bevölkerung wächst.



Großhain, Deutschland - In Sachsen wächst der Druck auf die Landesregierung, sich verstärkt der Rüstungsindustrie zuzuwenden. Wirtschaftsminister Dirk Panter (SPD) hat in seiner ersten Fachregierungserklärung im Sächsischen Landtag angekündigt, dass er mehr Rüstungsfirmen anwerben möchte. Dies geschieht in einem Kontext, der durch eine sinkende Wirtschaftsleistung gekennzeichnet ist. Im vierten Quartal 2024 sank die Wirtschaftsleistung in Sachsen um 1,8% und es gingen 6.000 Industriearbeitsplätze verloren. Darüber hinaus forderte der Städte- und Gemeindetag mehr Unterstützung für Kommunen, die ein Kassendefizit von 680 Millionen Euro aufwiesen **Sächsische.de**.

Panter betonte, dass die Bundesregierung plant, dreistellige Milliardenbeträge in Sicherheitsbereitstellungen zu investieren, und stellte die Frage, ob diese Gelder auch in Sachsen fließen sollten. Er wies auf den Widerstand in der Bevölkerung hin, insbesondere gegen die geplante Munitionsfabrik von Rheinmetall in Großenhain. Betrachtet man die Situation in anderen Bundesländern, wurde in Mecklenburg-Vorpommern ein leichtes Wirtschaftswachstum durch Aufträge aus der Rüstungsindustrie verzeichnet, was auch bei einer ähnlichen Debatte um die Werft in Wolgast deutlich wird **MDR.de**.

Wirtschaftliche Herausforderungen und Perspektiven

Die aktuelle wirtschaftliche Situation in Sachsen ist angespannt. Die Opposition äußert Bedenken gegen Panter's Vorstoß, so bezeichnete BSW-Landtagsabgeordneter Ralf Böhme dessen Plädoyer für die Rüstungsindustrie als befremdlich. Trotz der Kritik setzt Panter auf die Weiterentwicklung der Rüstungs- und Sicherheitsbranche, um Arbeitsplätze zu sichern, auch durch die Übernahme des Alstom-Standorts durch den Rüstungskonzern KNDS in Görlitz **Stern.de**.

In einem weiteren Schritt zur Wirtschaftsförderung plant Panter, die Bürokratie zu reduzieren. Dies umfasst unter anderem den Verzicht auf die Verwendungsnachweisprüfung für Darlehen, um den Aufwand für Unternehmen zu minimieren. Im Zuge der Corona-Pandemie wurden 750 Millionen Euro an Darlehen vergeben, von denen mehrere Tausend Rückzahlungen noch offen sind.

Soziale und politische Aspekte

Parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung gibt es sozialpolitische Initiativen. Sachsens Sozialministerin Petra Köpping regt einen Austausch zwischen Schülern aus West- und Ostdeutschland an. Außerdem hat die Bundeswehr einen neuen

Rekrutierungsansatz gestartet, indem sie personalisierte Postkarten an 16- und 17-Jährige in Sachsen sendet, was etwa 70.000 Jugendliche betrifft.

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst in Sachsen betrug 2024 knapp 3.990 Euro, wobei die höchsten Verdienste in der Energieversorgung und im Bildungsbereich zu verzeichnen sind. Die aktuellen Entwicklungen in der Rüstungsindustrie scheinen untrennbar mit den breiteren wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Bundeslandes verbunden zu sein.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Großenhain, Deutschland
Festnahmen	5
Quellen	• www.saechsische.de • www.mdr.de • www.stern.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de